Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet vierteljährlich Mk. 4.50 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Bellevue 1 und der Druckerei Obergraben 5/7.	Samstag, 25. Dezember 1920	Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.50, bei Wiederholungen entsprechender Preisnachlaß.	52. Folge

Weihnachten!

Die Winternacht hängt schwarz und schwer
Ihr Mantel fegt die Erde leer,
Die Erde wird ein schweigend' Grab,
Ein Ton geht zitternd auf und ab:
Sterben — sterben.

Da horch — im totenstillen Wald
Was für ein süßer Ton erschallt?
Da sieh — in tiefer dunkler Nacht
Was für ein süßes Licht erwacht?
Als wie von Kinderlippen klingt's,
Von Ast zu Ast wie Flammen springt's,
Vom Himmel kommt's wie Engelsang,
Ein Flöten- und Schalmeinklang:
Weihnacht! Weihnacht!

Und siehe, welch ein Wundertraum:
Es wird lebendig Baum an Baum,
Der Wald steht auf, der ganze Hain
Zieht wandelnd in die Stadt hinein.
Mit grünen Zweigen pocht es an:
„Auf auf, die sel'ge Zeit begann."
Weihnacht! Weihnacht!

Da gehen Tür und Toren auf,
Da kommt der Kinder Jubellauf,
Aus Türen und aus Fenstern bricht
Der Kerzen warmes Lebenslicht.
Bezwungen ist die tote Nacht.
Zum Leben ist die Lieb' erwacht.
Der alte Gott blickt lächelnd drein,
Des laßt uns froh und fröhlich sein!
Weihnacht! Weihnacht!

Aus einem Gedicht von Ernst Wildenbruch.

Wir feiern heute das Weihnachtsfest, das Fest der Liebe, das wie kein anderes gerade zu uns Deutschen spricht.

In der heutigen Zeit, in der Neid, Haß und Kampf das Feldgeschrei sind, richtet es an uns die Mahnung: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst." In dieser Mahnung liegt nach unserer Auffassung die Lösung des sozialen Problems. Es ist ein Unding, Haß zu predigen, und dann Liebe ernten zu wollen. Wenn dieses ernste Mahnwort bis heute noch nicht zur Tat geworden ist, so liegt das an dem schwachen Willen der Menschen. Aber es muß verwirklicht werden, denn dann haben wir die Gemeinschaft, die wahre Volksgemeinschaft. Dazu soll uns das Weihnachtsfest mahnen.

Noch eine zweite Mahnung richtet das Weihnachtsfest an uns: „Gedenke, daß du ein Deutscher bist!" Wie kein anderes Fest erinnert uns dieses an uralte germanische Bräuche, die dann später mit einem christlichen Inhalt erfüllt worden sind. Hier tritt uns wahres deutsches Volkstum in seiner ganzen reinen Gemütstiefe und Schönheit entgegen, nicht verwischt und vermischt mit fremder Völker Sitte. Dringend ertönt die Mahnung: Deutscher, besinne dich auf die Quellen deiner Kraft, grab' wieder auf, was verschüttet liegt. Laß die alten Germanentugenden Treue, Ehrlichkeit und Stolz wieder zu Tugenden des ganzen Volkes werden.

Das deutsche Volk ist tief gesunken, einmal, weil es die beiden Mahnungen nicht beherzigt hat, dann aber auch, weil ihm die Führer fehlten. Vor zweitausend Jahren wurde die Menschheit aus ihrer religiösen und sittlichen Verwirrung und Verwilderung herausgeführt durch den stärksten, weil am meisten von der Liebe zu den Menschen durchdrungenen Führer, den die Geschichte kennt. Möge dem deutschen Volk ein Führer erstehen, der es nach seinem tiefsten Fall politisch wieder zur Höhe emporführt. An uns aber ist es, einem solchen Führer den Weg zu bereiten, in dem wir täglich mahnen: **Deutsches Volk! Kehre zurück zu den Quellen deiner ehemaligen Größe, zu Christentum und Deutschtum!**

N.

Die politischen Durchsuchungen des Herrn König und das geltende Recht.

Notwendige Voraussetzung einer jeden Durchsuchung ist die Wahrscheinlichkeit, daß eine strafbare Handlung begangen ist. Der Regierungspräsident von Arnsberg erblickt den Tatbestand einer strafbaren Handlung in der Mitgliedschaft beim Orgesch als einer durch die bekannte Anordnung des Reichspräsidenten verbotenen Organisation. Bekanntlich ist aber die Frage sehr bestritten, ob der Orgesch unter die nach dieser Verordnung verbotenen Verbindungen fällt. In Bayern erfreut er sich der liebevollsten Fürsorge der Regierung, obwohl Bayern zurzeit wohl noch zu Deutschland gehört; dort sieht man also in dem Angehörigen des Orgesch keinen Schwerverbrecher. Die Reichsregierung, der preußische Justizminister, die bürgerlichen Parteien einschl. der führenden Kreise der Demokratischen Partei, wie der jüngste Parteitag ergeben hat, sind der gleichen Ansicht. Die gegenteilige Ansicht vertritt allerdings der sozialdemokratisch orientierte preußische Minister des Inneren Severing und sein gelehriger Schüler König, annoch Regierungspräsident zu Arnsberg. Beide sind ihres Zeichens frühere Partei- und Gewerkschaftssekretäre, und dürften als solche schwerlich die Vermutung der größeren Rechtskenntnis für sich beanspruchen können. Die Frage, ob die von diesen Herren als gegeben angenommenen Tatumstände überhaupt den Tatbestand einer strafbaren Handlung erfüllen, dürfte daher als mehr wie zweifelhaft anzusehen sein. Auf alle Fälle kann von der Wahrscheinlichkeit einer strafbaren Handlung keine Rede sein. Des weiteren durfte, selbst wenn man von den vorstehend dargelegten Bedenken absieht, die Durchsuchung nur dann vorgenommen werden, wenn genügend tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorlagen, daß die von den Durchsuchungen betroffenen Personen auch Mitglieder des Orgesch waren. Die Durchsuchungen haben keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben. Die von den Durchsuchungen Betroffenen sind eben keine Orgesch-Mitglieder. Die Unterlagen, auf die Herr König seine Maßnahmen gründete, müssen also mehr wie mäßig gewesen sein. Also auch in der Beziehung kann dem Herrn König der Vorwurf des gewissenlosen und leichtfertigen Handelns nicht erspart werden. Denn jede Durchsuchung, die der vorerwähnten Unterlagen entbehrt, ist ein Verstoß gegen die Verfassung, die Haus und Wohnung des Staatsbürgers grundsätzlich für unverletzlich erklärt. Also heraus mit Ihren Unterlagen oder dunklen Hintermännern, Herr König! Wenn anders Sie sich von dem Vorwurf, daß Sie wider Recht und Verfassung Ihr Amt nur im Interesse einseitiger Parteipolitik ausüben, reinigen wollen.

Zuständig für Vornahme oder Anordnung der Durchsuchungen sind die Gerichte, bei Gefahr im Verzuge auch die Staatsanwaltschaft und die Polizei. Anscheinend hat der Beauftragte des Herrn König sich zunächst an die Polizei gewandt, ist dort aber auf Bedenken gestoßen, ob die Durchsuchungen rechtlich zulässig wären. Um diese Bedenken zu beseitigen, hat offenbar der Oberregierungsrat von Houwald, der die Rolle eines Handlangers des Regierungspräsidenten bei dieser Tragikomödie spielte, gegen einen der angeblich Verdächtigen einen gerichtlichen Durchsuchungsbeschluß erwirkt. In welcher Weise dieser gerichtliche Beschluß zustande gekommen ist, bedarf noch der tatsächlichen Klarstellung. Alle übrigen Durchsuchungen sind ohne einen gerichtlichen Beschluß vorgenommen worden. Was aber dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Wenn bei allen Verdächtigen die Sach- und Rechtslage die gleiche war, so war es nicht angängig, nur in einem Fall eine richterliche Entscheidung zu erwirken, bei allen übrigen Fällen aber „Gefahr im Verzug" als gegeben anzusehen, und sich der richterlichen Nachprüfung des Vorgehens zu entschlagen. Bemerkenswert ist dabei noch, daß der eine Fall, in dem der richterliche Beschluß erwirkt, also keine „Gefahr im Verzug" als gegeben angesehen worden ist, u. W. als erster erledigt worden ist. Wo bleibt die Folgerichtigkeit, Herr von Houwald? Auf keinen Fall kann der eine richterliche Beschluß diesem Herrn als Mantel dienen, um die rechtlichen und tatsächlichen Blößen seines gesamten Vorgehens zu decken.

Wenn Herr König und seine Hintermänner, die man wohl mit Händen greifen kann, glaubten mit ihrem Vorgehen die in den letzten Zügen liegenden Bestrebungen ihrer Partei im Siegerland zu neuem Leben zu erwecken, so dürften sie schwer vorbei gehauen haben.

Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Vizekanzler Dr. Heinze fortfahrend:

Wenn ich nun noch von dem spreche, was erreicht worden ist, so weise ich zunächst auf den

allmählichen Abbau der Zwangswirtschaft

hin. Nur noch ganz wenige Dinge werden öffentlich bewirtschaftet, und ich bin fest überzeugt, daß Ruhe und Ordnung wiederkehren werden, sobald die unselige Zwangswirtschaft vollständig abgebaut ist. (Beifall.) Es handelt sich hier um eine gewaltige Aufgabe, die unser Wirtschaftsminister durchzuführen sich entschlossen hat.

Auch im Verkehrsministerium sind die Arbeiten mit Energie in Angriff genommen. Aber auch hier müssen unsägliche Schwierigkeiten überwunden werden. Natürlich kann das nicht an einem Tage geschehen. Gesetzgebung und Verwaltung arbeiten jetzt langsam, und auch im Reichstage herrscht jetzt nicht mehr die feste Konzentration wie früher. Denken Sie nur an den Reichswirtschaftsrat, ein Thema, über das besonders zu reden wäre. Sie werden erkennen, welche außerordentlichen Hemmungen jetzt im Parlamentarismus liegen. Aber wir kommen vorwärts. Im Reichswirtschaftsministerium steht die große Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues auf der Tagesordnung, im Reichsarbeitsministerium die Frage der Schlichtungsordnung zur Verhütung wilder Streiks, und das Ernährungsministerium muß die Volksernährung sicherstellen. Der Ernährungsminister ist bemüht, lediglich eine Senkung der Preise für die notwendigen Gebrauchsartikel herbeizuführen. Diese Forderung kann das Volk mit Recht stellen, und an ihr wird gearbeitet.

Die Sorge des Finanzministers brauche ich nur zu erwähnen, und beim Verkehrsministerium sehen Sie schon an den besseren Verkehrsmöglichkeiten, daß eine feste Hand die Zügel führt. (Beifall.) Dem Ministerium des Innern liegen gleichfalls große Aufgaben ob, und wenn ich von meinem eigenen Ministerium spreche dann erinnere ich daran, die zahllosen Strafverordnungen, die während des Krieges entstanden sind, abzubauen, damit das Volk nicht fortwährend sinnlos mit neuen Strafen belegt wird. Es muß die Stimmung im Volk wieder wachgerufen werden, ohne die kein Gesetz und kein Recht bestehen kann: Der Respekt vor dem Recht. (Beifall.)

Mein Ministerium hat die Aufgabe, die Autorität des Rechts wieder aufzurichten, nachdem die Autorität in so ungeheuerlicher Weise erschüttert worden war.

Sie sehen, daß eine Fülle von Aufgaben ihrer Lösung harrt. Nur durch sachliche Arbeit ist diese Lösung zu erreichen. Aber diese sachliche Arbeit macht es nicht allein. Es muß dahinter stehen die freudige und patriotische Gesinnung des Volkes, eine Gesinnung, wie sie in der Deutschen Volkspartei stets vorhanden gewesen ist, wie sie gestern hier in souveräner Weise zutage getreten ist und wie sie sich heute wieder zeigen wird, eine Gesinnung, über die wir Mitglieder des Kabinetts mit Ihnen völlig übereinstimmen, eine Gesinnung, die uns zusammenschweißt zur Arbeit für die Zukunft des Vaterlandes. (Stürmischer Beifall.)

Darauf trat der Parteitag in die Beratung der wirtschaftlichen Fragen ein.

Abg. Dr. Hugo

führte u. a. folgendes aus:

Unter dem Eindruck der gestrigen Tagung ist die Frage zu stellen: Was haben wir zu tun, um dieses Programm zu erfüllen? Wir müssen dazu das Fundament einer lebensfähigen deutschen Wirtschaft haben. Zweierlei hat unsere Wirtschaft erschüttert: Das eine ist die zehrende Wirkung des Krieges gewesen, denn schließlich haben wir von den Vorräten unserer Wirtschaft gelebt, haben während der Blockade sie aufgebraucht, haben die Maschinen abgenutzt, schließlich auch das Letzte aus den Menschenkräften herausgeholt; das andere ist der Schlag der Revolution, der unsere Wirtschaft getroffen hat und sie aus ihrer Stetigkeit herausbrachte. Ich lasse keinen Zweifel daran, daß die Deutsche Volkspartei bei der Aufgabe der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands von der Voraussetzung der sozialen Umgestaltung unserer Verhältnisse ausgeht und daß das, was an sozialen Neuerungen gekommen ist, von uns festgehalten werden soll. Wir wollen die Errungenschaften der absoluten Gleichberechtigung des Arbeiters mit den Unternehmen fundamentieren in der Wirtschaft und dafür sorgen, daß man uns niemals vorwerfen kann, wie man es dem vergangenen Liberalismus vorgeworfen hat, daß wir die Forderungen der Zeit nicht verstanden hätten. Die Revolution hat den Sozialismus in Deutschland zur Macht geführt. Dieser große wirtschaftliche Sozialismus, der am 9. November 1918, nicht heute, auf der Höhe seines Ansehens stand, brachte in seiner geistigen Armut kein Programm mit, das er hätte verwirklichen können. Wenn wir in der Vergangenheit seine Führer gefragt haben, „wo ist euer Programm?", dann haben sie gesagt: Wenn die Stunde kommt, werde auch die Idee kommen; und als sie die Macht hatten, stand die Sozialdemokratie vor ihren Massen mit leeren Händen und konnte ihnen nur abgerissene Phrasen bieten. In dieser dürftigen Lage hat sie ihren Behelfssozialismus aufgebaut auf der Staatswirtschaft, die uns der Krieg gegeben hat. Wenn in sozialistischen Kreisen davon gesprochen wird, daß die Privatwirtschaft uns nicht wieder vorwärts brächte, dann sage ich: Als die Revolution kam, hatten wir keine Privatwirtschaft mehr, wir hatten eine Kriegswirtschaft; auf dieser baute der Sozialismus.

In weiterer Erörterung des Wirtschaftsprogramms der Deutschen Volkspartei führte Abg. Dr. Hugo aus, es sei zu kritisieren, daß nun noch immer ein System der staatlichen Halbwirtschaft, wenn auch nicht der staatlichen Vollwirtschaft weiterbesteht in den sogenannten Selbstverwaltungskörpern, die Träger der Kontrolle sind. Diese Einrichtungen sind bekanntlich deshalb geschaffen worden, weil man glaubte, daß die Devisenpolitik mit derartigen Mitteln der Einfuhrbeschränkung durchgeführt werden kann. Selbstverständlich müssen die Einfuhrverbote bestehen bleiben und strikt durchgeführt werden, soweit der Staatsapparat nur irgendwie die Macht besitzt, für alle Luxuswaren, die wir entbehren können und diejenigen Produkte, die wir in Deutschland selbst herstellen können; die Ausfuhrverbote müssen ferner bestehen bleiben für Waren, die wir unbedingt für den eigenen Bedarf im Innern Deutschlands brauchen. Mit allen Mitteln, mit denen wir immer versuchen die Valuta zu beeinflussen, reichen wir nicht weit. Es sind wesentliche Erscheinungen auswärtiger wirtschaftlicher Spekulationen, die unseren Markkurs bestimmen. Im Frühjahr, als die Amerikaner Interesse daran hatten, die deutsche Ausfuhr zurückzudrängen, haben wir das

erlebt und erleben es zur Stunde wieder, wo eine Weltkrisis sich ereignet, wie sie niemals da war, wo ein Niedergang der Preise in Amerika, England und Frankreich eingetreten ist, so daß die Rohstoffe zum Teil schon unter die Preise des Jahres 1913 gesunken sind. Daraus ergibt sich, daß

die Überproduktion auf dem Weltmarkte,

die unsere Ausfuhr erschweren wird und unsere Bewegungsmöglichkeiten beschränkt, ein geringes Interesse an fremden Devisen hervorrufen wird. Diese großen Umwälzungen werden nicht eher zur Ruhe kommen, als bis alle Völker sich miteinander auf dem Weltmarkt wieder eingespielt haben bis die übermäßige Spekulation auf dem Weltmarkt verschwindet. Dann erst werden wir zu einer Beruhigung und Sicherung unserer Valuta kommen. Im übrigen muß die Kontrolle über Ein- und Ausfuhr konzentriert werden. Wir müssen die Kontrolle dort ausüben, wo die großen Artikel sichtbar in die Erscheinung treten, aber nicht dort, wo die winzigen Artikel, in Kisten verpackt, überhaupt nicht zu kontrollieren sind. Unter dem staatlichen Druck ist eine weitgehende Vertrustung eingetreten die aber nicht die wirtschaftlichen Effekten steigern, sondern die nur eine planmäßige Wirtschaft auf Spezialgebieten durch eine Zentralkontrolle herbeiführen sollte. Das ist der Gedanke der sogenannten Selbstverwaltungskörper.

Dr. Hugo warnt davor, diesen Gedanken zu überspannen und diesen Selbstverwaltungskörper allzu sehr mit staatlichen Mitteln auszurüsten. Er rief der ganzen Industrie zu: Wer heute nicht seine erste Aufgabe darin sieht wirtschaftliche Wiederaufbauarbeit zu leisten, versündigt sich am ganzen Volke; Aufgabe der heutigen Zeit ist es nicht, privatwirtschaftliche Profitgewinne zu erzielen, sondern dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk leben kann. Lassen Sie uns dort zufassen, wo das Kapital das Einkommen sich niederläßt, aber nicht dort, wo der große wirtschaftliche Prozeß der Werteschaffung vor sich geht. Wenn man den Unternehmern Lust und Anreiz zum Verdienen nimmt, nimmt man ihnen den Antrieb, produktive Arbeit zu leisten. Um uns vor dem wirtschaftlichen Niedergang zu retten müßten wir passive Mittel zur Hebung der Wirtschaft durchführen. An erster Stelle steht auch hier die Forderung zur Revision des Friedensvertrages und des Abkommens von Spa. Dann müssen wir die Bergarbeiterschaft vermehren durch verstärkten Wohnungs- und Siedelungsbau. Kein Mittel darf unausgenutzt bleiben. Wogegen wir uns aber wenden, ist jede Normalisierung unserer Wirtschaft nach den Vorschlägen Wissells und Rathenaus. Das hätte nur Hemmungen und Bindungen zur Folge. Was auf diesem Gebiete geschehen muß, mag auf dem Wege freiwilliger Verständigung der Industrie und der Gewerkschaften geschehen. Aber es muß dem Ermessen der Beteiligten selbst überlassen bleiben, die ja auch das Risiko tragen. Der Staat darf in diesen Dingen nicht störend eingreifen.

Nur eine Steigerung der Produktion

kann den 350 000 Arbeitslosen und den Tausenden von überflüssigen Kräften in den Betrieben wieder die Gelegenheit zu produktiver Arbeit geben. Wir erkennen dankbar an, daß bei der Entfernung der unproduktiven Überlastung der Betriebe mit überflüssigen Angestellten schon viel geschehen ist. Aber hier muß noch viel mehr erfolgen. Selbstverständlich sind wir die schärfsten Gegner jedes Wuchers und jeder überflüssigen Spekulation. Auch

der wirtschaftliche Landesverrat

sollte mit Zuchthaus bestraft werden. Wirtschaftlicher Landesverrat aber ist es, wenn lebenswichtige Güter um schnöden Gewinnes willen über die Grenze geschmuggelt werden. Der soziale Gedanke muß uns auch in der Wirtschaft voranleuchten. Für unsere Wirtschaftspolitik gibt es eine einfache und klare Linie: Wir wollen den Persönlichkeitswerten in unserer Wirtschaft wieder zu ihrem Recht verhelfen, wir wollen die Staatswirtschaft wieder umstellen in die Volkswirtschaft; nicht der Staat, sondern das Volk soll wirtschaften. Wir müssen die Summe der schöpferischen Persönlichkeiten wieder frei machen, die in Deutschland durch die Staatswirtschaft behindert worden sind, bisher den wirtschaftlichen Effekt herauszuholen. Es ist gerade die Aufgabe der Wiederaufbaupartei, dafür zu sorgen, daß nun in unserem Liberalismus wieder für die Betätigungsmöglichkeit freie Bahn gemacht wird, damit die Persönlichkeitswerte sich wieder in voller Freiheit auch auf dem Gebiete der Wirtschaft entfalten können. Vom einfachen Handwerksmeister in den bayerischen Bergen bis hinauf zum genialen Industriekapitän, alle sollen wieder die Möglichkeit haben, ihre Kräfte zu üben, um unsere Wirtschaft lebendig und leistungsfähig zu gestalten, zum Heil und Segen des gesamten Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Über den sozialpolitischen Teil sprach sodann der

Reichstagsabgeordnete Thiel.

Auf sozialpolitischem Gebiete steht an erster Stelle die Fürsorge für unsere Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. An zweiter Stelle die Regelung der Wohnungsgesetze. Durch die Reichszuschüsse muß die Bautätigkeit neu belebt und an eine durchgreifende Hypotheken- und Mietreform entschlossen herangegangen werden. Schnellsten Abbau erheischt die Tätigkeit der immer noch bestehenden Demobilmachungsausschüsse. Die Arbeitslosenversicherung darf nur in engster Fühlung mit den Arbeitsnachweisen durchgeführt werden, um eine Ausnutzung zugunsten arbeitsscheuer Elemente zu verhüten. Wir erklären uns jetzt mit der größten Entschiedenheit auch gegen jede Verbindung der Krankenkassen mit der Arbeitslosenversicherung. Die Krankenkassen sind zum großen Teil Versorgungsanstalten für sozialdemokratische Parteifunktionäre geworden, und ihren Wirkungskreis wollen wir daher nicht noch mehr erweitern. Aber ganz abgesehen davon sprechen sachliche Gründe gegen diese Verquickung; denn Arbeitslosigkeit und Krankheit sind zwei Dinge, die an sich nichts miteinander zu tun haben. Wir waren erfreut darüber, daß die Reichsregierung die Verordnung des Reichspräsidenten durchsetzte. Unsere Wirtschaft muß geschützt werden vor Ereignissen, wie dem Berl. Elektrizitätsarbeiterstreik. Schiedssprüche von Schlichtungsausschüssen müssen für verbindlich erklärt werden, und zwar dürfen sie nicht erfolgen durch einzelne, sondern durch den Spruch eines Kollegiums. Wir müssen ein Tarifvertragsgesetz schaffen. Nicht zwangsweise kann man die Arbeiterschaft zur Mitarbeit am Wiederaufbau heranziehen, sondern durch die Erweckung freudigen Interesses. Wir stehen auf dem Boden des Vorschlags der Gutachterkommission, die in Essen tagte. Eine Beteiligung der Arbeiter und Angestellten am Gewinn der Betriebe, lebenskräftiger Ausbau der Betriebsräte, Schulung der Arbeitskräfte.

Mit den kleinen Aktien darf allerdings nicht Wucher getrieben werden, da müssen wir Grenzen schaffen vielleicht dadurch, daß die Gewerkschaften sie als Treuhänder verwalten. Gegen diese Vorschläge tritt aber die Sozialdemokratie mit den stärksten Drohungen auf.

Daher müssen alle fest zusammenstehen mit dem Willen zum Wiederaufbau. Dadurch werden wir die sozialen Gegensätze überbrücken. Wir wollen uns dafür einsetzen, daß schon jetzt freiwillig von den uns nahestehenden Industriellen die Vorarbeiten geschaffen werden; wir wollen durch eine Sozialpolitik die Brücke bauen zu gemeinsamer Arbeit im Dienste des Volkes. (Beifall.)

Darauf erstattete der

Abgeordnete Dr. Curtius

das Referat über die

Sozialisierung des Kohlenbergbaues:

Es ist eine große Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn man auch heute noch davon spricht wir hätten im Bergbau das schrankenloseste Privatkapital und die Herrschaft eines rücksichtslosen Kapitalismus, der das Volk ausbeute. Die Verwendung und Preisbildung sind heute schon sozialisiert. Nun ist es richtig, daß auch die Kohlenpreise hoch sind, aber, selbst wenn wir bei den Braunkohlen den gesamten Gewinn streichen würden, würden die Braunkohlenpreise im freien Handel nur von 12 auf 11,85 ℳ fallen. Durch die Sozialisierung des gesamten Ruhrbergbaus würde in drei Jahren die Steigerung der Gewinne nur 1 v. H. des Wertes ausmachen. Sozialisierung ist ein Begriff, so schroff wie die Wahrheit, letzten Endes läuft sie, ob mit oder ohne Entschädigung, auf Enteignung der Unternehmer hinaus. Von dem früheren Staatssekretär August Müller haben wir jetzt erfahren, wie das Schlagwort von der Sozialisierung unter die Masse geworfen worden ist, und zwar in einer Zeit, wo die Beauftragten der Bergarbeiter immer stürmischer höhere Löhne forderten. Da versuchte man das Interesse der Bergarbeiter noch einmal von den Löhnen auf die Sozialisierung zu lenken. So hat man künstlich die Sozialisierung volkstümlich gemacht, und das zu einer Zeit, als selbst Hué vor der Sozialisierung warnte. Die Sachverständigen in Essen sind jetzt an der Arbeit, und wir als politische Partei müssen schon so viel Geduld haben, abzuwarten, was aus diesen Beratungen der Sachverständigen herauskommen wird. Kommt es zu keiner Verständigung, dann nehmen wir den Standpunkt ein:

wir wollen keinen Marxismus,

keine Revolutionierung der Wirtschaft. Wir lehnen die Vorschläge von Wissell und Rathenau im Bewußtsein der Konsequenz ab, die es unter Umständen haben kann. Die Verantwortung dafür kommt nicht auf unser Haupt, sondern auf die Häupter derer, die jetzt diesen Kampf um die Sozialisierung veranlaßt haben. Wir sind mit organisatorischen Änderungen, mit einer Dezentralisation der Verwaltung, einer Verstärkung des Einflusses des Reichswirtschaftsrats, der auch die Befugnis zu Zusammenlegungen bekommen soll, und manchen anderen Punkten einverstanden. Wir sind uns auch darüber klar, daß wir die Umgestaltung unseres Wirtschaftsorganismus erstreben müssen aber das kann der Staat nicht machen, das ist Sache der Industrie selbst. Man verschone uns mit neuen Kommissionen, neuen Ausschüssen und neuen Ministerien. Wir lehnen jede Zusammenwirkung ab. Die Frage ist nicht: Kapitalismus oder Sozialisierung. Das sind nur Gegensätze, wenn diese beiden Fragen ethisch aufgefaßt werden; wenn man den Kapitalismus als Urquelle alles Übels und die Sozialisierung als Träger des Glückes betrachtet. In Wirklichkeit sind Kapitalismus und Sozialismus keine Gegensätze. Wir wollen den Kapitalismus auch sozialisieren und auf sozialpolitische Forderungen einstellen. Ähnlich liegt es mit der Frage:

Privatwirtschaft oder Gemeinwirtschaft?

Auch diese Frage ist falsch gestellt. Es sind keine Gegensätze. Die Privatwirtschaft kann nur auf Gemeinwirtschaft beruhen, und die Gemeinwirtschaft muß eine blühende Privatwirtschaft umfassen. Das eine ist auf das andere angewiesen. Die Sozialisierung, wie sie von den Linksradikalen gefordert wird, vernichtet jede Privatwirtschaft, und deshalb, um der Gemeinwirtschaft willen, wollen wir auch die Privatwirtschaft stark erhalten.

Deutsche Volkspartei und Teuerungszulagen.

Von Oberpostsekretär Morath, M. d. R.

Die Haltung der Deutschen Volkspartei in der Frage der Teuerungszulagen wird, dessen sind wir gewiß, nicht überall in Beamtenkreisen verstanden werden, und ist doch das Ergebnis sorgfältiger und vom Gesichtspunkte der Beamteninteressen geleiteter Überlegungen. Als am 4. November im Reichstag eine Abordnung aus Elberfeld erschien und die Notlage der Beamten im rheinisch-westfälischen Teuerungsbezirk unter Darbietung unantastbaren Materials in erschütternder Weise darlegte, nahmen die Vertreter der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in dem ad hoc gebildeten interfraktionellen Ausschusse sofort die Stellung ein, bei der sie verblieben sind: Es muß so umfassend wie möglich, und es muß rasch geholfen werden. Unsere Vertreter schlugen einen Teuerungszuschlag auf Grundgehalt und Ortsklassenzuschlag in gleichen Hundertteilen für alle Beamten mit dem Hinzufügen vor, daß niemand weniger als 6000 ℳ an Teuerungszulagen insgesamt erhalten dürfe, und sie verlangten zugleich eine Erhöhung der Kinderzulagen. Die Vorschläge fanden im großen und ganzen die Zustimmung der übrigen Parteien. Nur die sozialistischen Abgeordneten wünschten eine Staffelung der Zuschläge nach dem Grundgehalt. Die Fraktion der D. V. P. hat dann wiederholt durch ihre Vertreter auf eine schleunige Einbringung der Regierungsvorlage gedrungen, und in ihren Maßnahmen die volle Zustimmung des D. V. P.-Beamtenausschusses gefunden. Als das Kabinett die Vorlage einbrachte, welche lediglich eine Erhöhung der Kinderzulagen und auch diese nur für die Ortsklassen A, B und C zugestand, war es das Bestreben der Fraktion, eine Mehrheit unter den Regierungsparteien für ihre schon oben gekennzeichneten Vorschläge zu finden. Erst angesichts der Tatsache, daß bei der Gewährung einer allgemeinen Teuerungszulage der widerstrebende Reichsrat neue Instruktionen von den Ländern hätte einfordern müssen, daß also mit einer Verzögerung von mehr als einer Woche zu rechnen und damit die Auszahlung der Teuerungszulage vor Weihnachten gefährdet war, entschloß sich die Fraktion, auf dem Boden der Regierungsvorlage zu bleiben und diese nach Möglichkeit zu verbessern.

Die von der Regierung erlangten Zugeständnisse sind, wenn auch nicht befriedigend, so doch, wie zugegeben werden muß, nicht unbeträchtlich. Es ist gelungen, die Kinderzulagen für die Ortsklassen A, B und C um je 25 Prozent zu erhöhen und die bisher gar nicht bedachten Ortsklassen D und E mit 75 Proz. Zulage zu bedenken. Auch die Erhöhung des Ortsklassenzuschlags für Diätare von 80 auf 100 Proz. wird man als wesentliche Verbes-

serung anerkennen müssen. Der Versuch, eine Bestimmung in das Gesetz zu bringen, nach der die Beamten mit eigenem Hausstand, die keinen Anspruch auf Kinderzulagen haben, den Beamten mit einem Kinde bis zu 6 Jahren gleichzuachten sind, ist leider am Widerspruch des Finanzministers gescheitert. Dagegen sind die Bestrebungen der Partei von Erfolg begleitet gewesen, eine Auszahlung von gewissen Unterschiedsbeträgen, auf die eine Reihe von Beamtenklassen seit dem 1. April 1920 Anspruch hat, noch vor Weihnachten zu erreichen. Es kann nicht genug betont werden, daß die Beamtenschaft durchaus im Recht war, wenn sie eine schnellere Erledigung der Vorlage wünschte. Es soll die Verzögerung von 6 Wochen auch keineswegs mit dem Hinweis darauf entschuldigt werden, daß die Erledigung gleicher Vorlagen unter dem sozialistisch geführten Koalitionskabinett des Vorjahres erheblich länger gedauert hat. Wir möchten wünschen, daß in Zukunft das Finanzministerium nicht erst durch die Eingaben einer durch die Not zur Verzweiflung getriebenen Beamtenschaft veranlaßt wird, der Frage der Anpassung des veränderlichen Gehaltsteils (der Teuerungszulage) an den Geldwert näherzutreten. Jedenfalls wird die Partei in diesem Sinne tätig sein.

Angesichts der allgemein politischen Lage, und ganz besonders angesichts der finanziellen Schwierigkeiten der Regierung, besonders auch angesichts gewisser außerpolitischer Wirkungen jeder Erhöhung der Beamtenbezüge wird die Beamtenschaft gut tun, sich vor unbesonnenen Schritten zu hüten. Es ist charakteristisch, daß die von diesen Schwierigkeiten am besten unterrichteten Führer der Beamtenschaft und die politischen Parteien von der äußersten Rechten bis zu den Mehrheitssozialisten vor Streik entschieden warnen. Ein sozialdemokratischer Sprecher hat bei der Beratung der Vorlage über die Teuerungszulagen mit dürren Worten erklärt, daß man, wie die Dinge liegen, nun einmal in Deutschland niemandem, und auch den Beamten nicht, das Existenzminimum gewähren könne. Wir unserseits meinen, daß man sich allerdings mit einer solchen Feststellung nicht begnügen kann, und hoffen, Verständnis auch bei den Sozialisten, denen allerdings bisher die Reichsarbeiter weit mehr als die Reichsbeamten am Herzen gelegen haben, für die Forderung zu finden, daß die Besserstellung der Beamten auch weiter Gegenstand unserer ernsten Sorgen bleiben muß, und daß die jetzt gegebene Nothilfe uns dieser Verpflichtung nicht enthebt.

Arbeiterlohn und Beamtengehalt.

Der Vorwärts schreibt in seiner Nr. 612 vom 15. Dezember 1920 unter obiger Überschrift folgendes:

Wir erhalten folgende Zuschrift, der wir um so lieber Raum geben, als sie das Problem „Arbeiterlohn und Beamtengehalt“ einmal gründlich beleuchtet:

Die Beamten, in letzter Zeit die Post-, Eisenbahn-, Kommunal- und Bankbeamten usw., beklagen sich immer wieder über zu niedrige Gehaltsstufen, Teuerungs- und Kinderzulagen. Ich will gleich im voraus bemerken, daß ich die Gehälter, an den heutigen Verhältnissen gemessen, kaum für ausreichend, mindestens nicht zu hoch halte. Nun möchte ich mal die Beamten bitten, in Arbeiterkreisen (gelernten und ungelernten) Umfrage zu halten, wie sich die Löhne zu den ihrigen verhalten. Gewiß sind Löhne von 5, 6 und 7 ℳ pro Stunde gezahlt, doch unter den Hunderttausenden in Berlin werden sich wenige finden, welche das Glück hatten, auch nur einige Jahre hintereinander ohne Feierpausen durchzuarbeiten, von den letzten beiden Jahren noch abgesehen. Die große Masse mußte mindestens ein Viertel- bis ein Dritteljahr zwangsweise feiern infolge Arbeitsmangels. Hat schon einmal ein Beamter Umschau auf den einzelnen Arbeitsnachweisen gehalten? Ich glaube, er würde mit Schaudern diese Räume verlassen und sich nach seinem Beamtendienst sehnen.

Was würden die Beamten sagen, wenn ihnen jeder Feiertag, Krankheitstag und sonstige notwendige versäumte Stunden in Abzug gebracht würden? Haben wir nicht bis vor kurzer Zeit die Gemeindeeinkommensteuer für die Beamten zahlen müssen? Weshalb mußten dem Eisenbahnbeamten noch extra Prämien gezahlt werden, wenn er seine Pflicht erfüllen sollte, z. B. Aufdeckung oder Unterlassung von Schiebereien u. dergl. Weshalb ist es nach Ansicht der Beamten Pflicht des Staates, dieselben ausreichend zu pensionieren? Leistet etwa ein Beamter mehr für den Staat als ein Arbeiter? Letzterer wird einfach aufs Pflaster gesetzt, wenn er seine Pflicht nicht erfüllt.

Ich arbeite zirka 27 Jahre als Tischler, doch muß ich leider mitteilen, daß ich laut Verbandsbuch (Holzarbeiterverband) in dieser Zeit zirka sechs Jahre voll gearbeitet habe. Ich möchte denjenigen kennen lernen, der mir nachweisen kann, daß ich jemals ohne zwingende Gründe gefeiert habe, natürlich hielt ich es für meine Pflicht, in Lohnkämpfen, welche in dieser Zeit geführt wurden, stets meinen Mann zu stehen, und Aussperrungen waren ja früher auch nichts Seltenes. Ja, von allen diesen Dingen hat ein Beamter keine Ahnung. Wirtschaftsbeihilfen, Teuerungszulagen, Kinderzulagen, billigere Lebensmittel und Brennstoffeinkäufe, Entschuldungszulagen von tausend Mark zweimal im Jahre . . . daß beim Arbeiter derlei Vergünstigungen fortfallen, weiß wohl der Beamte nicht. Nun hört man so oft: ja, aber unsere niedrigen Anfangsgehaltsätze, sagen die Beamten, ja, was ist denn mit einem Handwerker, vier Jahre Lehrzeit, und dann verdiente man 5, 8 und 10 ℳ in der Woche in den ersten Jahren.

Wie ist es nun mit der Arbeitszeit des Beamten? Erst dieser Tage wurde eine Verfügung erlassen, daß die Beamten möglichst acht Stunden arbeiten sollten inkl. ½ Stunde Mittagspause. Unsere Arbeitszeit inkl. Pausen ist von 7 bis 4 Uhr, während die Beamten selten länger als von 8 bis 3 anwesend sind. Wenn Postschaffner, Feuerwehrleute usw. 16—18 000 ℳ Jahresgehalt haben, so müssen sie eben versuchen, bei der Armut unseres Landes damit auszukommen. Vgl. die Arbeitslosen, welche 8, 10, ja 12 Monate beschäftigungslos sind.

Nun kann uns mal ein Beamter das Rätsel lösen, wie es ein Arbeiter machen soll, wenn er men fast das Doppelte dieser Arbeiter. Wo und annähernd soviel Zinsen beziehen kann, wie wir für unsere Beamten Pension aufzubringen haben. Mit einem Donnerwetter müßte man dazwischen fahren, wenn man dieses blödsinnige Geschwätz, hauptsächlich von den Beamten und Krämern, hört: ja, es muß ja alles teuer sein, die Arbeiter verlangen ja so hohe Löhne! sie selber bekommen fast das doppelte dieser Arbeiter. Wo und wann hat es denn z. B. einen Bauarbeiter gegeben, welcher bei seinen „hohen Löhnen“ das ganze Jahr arbeiten konnte?

Tausende und aber Tausende in unserem Beruf liegen seit vielen Monaten auf der Straße, und täglich werden Betriebe geschlossen, doch die Regierung rührt sich nicht, weil wir ja keine Beamte sind Das Almosen, welches den Arbeitslosen gereicht wird, ist doch nur ein Tropfen auf eine Wunde. Die Witwen und Waisen der Beamten beziehen eine kleine Pension, was bezieht dagegen die hinterbliebene Familie eines Arbeiters? Dutzende von Gegensätzen ließen sich noch anführen, doch obige Zeilen werden hoffentlich die Beamten usw. zum Nachdenken veranlassen.

Fritz Tamm.

Löhne und Preise

Von Dr. Rasek, M. d. Pr. L.

Bei dem heutigen Stande unserer Wirtschaft ist die Frage, wir wir zu einem Abbau der Preise und der Löhne kommen, von ganz außerordentlicher Bedeutung. Man kann nicht verkennen, daß es sich hier um die Lebensfrage für einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg handelt. Wir bewegen uns in einem Kreislauf, in dem die Löhne die Preise und die Preise die Löhne treiben. Da Löhne dasselbe sind wie Preise, nämlich Preise für Arbeitskraft, so kann man das Problem auch auf die Formel bringen, daß ein Preis den anderen treibt. Es sind die verschiedensten Vorschläge für den Abbau der Preise gemacht worden, die alle mehr oder weniger die Preise gesondert losgerissen aus dem Zusammenhang der Wirtschaft behandeln wollten, und deshalb fehl gingen. Wie in jedem industriellen Betriebe die Preise den Maßstab abgeben für seine wirtschaftliche Führung, so auch die Preise im allgemeinen für unsere Gesamtwirtschaft. Solange unsere Wirtschaft krankt, wird es nicht möglich sein, zu einem gesunden Preisabbau zu kommen. Es kann sich immer nur um ein Herumdoktern an den Symptomen handeln, niemals um eine Gesundung. Auf unsere Preise wirken verschiedene Tatsachen steigernd, die wir vor der Hand nicht ändern können. Der Abfluß wertvoller Rohstoffe auf Grund des Friedensvertrages nach Feindesland, die Verteuerung der Fracht durch den Verlust unserer Handelsflotte und die dadurch bedingte Bezahlung der Auslandsfrachten in fremder Währung, die Valutaschwankungen unserer Mark gehören hierher. Andere preistreibende Faktoren können wir wohl nicht ausschalten, so doch mindern. Zunächst ist es möglich durch Hebung der gesunkenen Arbeitskraft zu einer Mehrproduktion und damit zu einer Verbilligung der Preise zu kommen. Das Sinken der deutschen Arbeitskraft im allgemeinen war eine Folge der Revolution und ist leider trotz aller Bemühungen bisher nicht völlig ausgeglichen worden.

Über die Minderleistung, die mit der Einführung des Achtstundentages verbunden ist, hinaus beklagen wir auch heute noch einen recht beträchtlichen Verlust an Schaffenskraft in allen Kreisen des deutschen Volkes. Man hat hieran der langen Zeit der Ermüdung, die den Kriegsjahren folgte, und der minderwertigen Ernährung die Schuld gegeben. Beides müßte nunmehr ausgeschaltet sein, wenn diese Erklärung die richtige wäre. In Wahrheit handelt es sich um ein Sinken des Verantwortungsbewußtseins eines jeden an der Produktion Beteiligten. Dieses Pflichtgefühl wieder neu aufzubauen, muß vorerst unsere Hauptsorge sein. Wir können ferner Wandlung schaffen, indem wir unseren, durch den Krieg verwüsteten Boden verbessern. Die notwendigen Düngemittel, die dazu erforderlich sind, stehen uns bis auf die Phosphate zur Verfügung. Die Arbeitskraft der bäuerlichen Besitzer ist ungemindert aus dem Kriege hervorgegangen. Es bleibt nur übrig, die traurigen Wirkungen auszugleichen, die die Verhetzung des Landarbeiterverbandes unter der Landarbeiterschaft hervorgerufen hat. Es ist zu hoffen, daß die Landarbeiterschaft bei genügender Aufklärung bald einsieht, daß die Versprechungen des Landarbeiterverbandes eben auch nur Versprechungen bleiben, daß sie dann zurückkehrt zur Arbeit mit dem verantwortungsvollen Bewußtsein, das ihr früher eigen war. Wenn wir in dieser Beziehung besser eingreifen, so werden wir allmählich zu einem Abbau der Preise kommen. Wir müssen aber darauf hinweisen, daß irgendwelche Gewaltkuren für die Lösung dieser schwierigen Frage nicht gegeben sind und wir müssen die Öffentlichkeit darauf hinweisen, daß eine schnelle Besserung nicht zu erwarten steht.

Was bringt uns der Friedensvertrag von Versailles? Den politischen und wirtschaftlichen Tod!

Aus Welt und Zeit.

Wie Genosse Severing spart!

In der „D. Tgztg." (Nr. 529 vom 12. Novem-ber) ist zu lesen: „Der Kreis Blumenthal bei Bremen hat unter der Leitung des Landrats Berthold von 1881 bis 1917 als einer der bestver-walteten des Königsreichs Preußen gegolten. In wenigen Kreisen ist für die Industriearbeiter so viel geschehen wie dort, besonders durch die Grün-dung des Spar- und Bauvereins, der über 3000 Personen Wohnung in weiträumiger Bebauung mit meist eigenem Garten schuf. Nach dem Tode des Landrats wurde der damalige Regierungsassessor v. Buchka mit der kommissarischen Verwaltung des Kreises betraut, die er im Sinne des Verstor-benen weiterführte. Er wurde dann vom Kreis-tag einstimmig gewählt. Nachdem aber der alte Kreistag durch einen anderen ersetzt war, ver-langte die Regierung eine nochmalige Wahl. Der neue Kreistag setzt sich aus drei fast gleich starken Parteien zusammen — Bürgerliche, Mehrheits-sozialisten und Unabhängige. Das kam auch in dem Wahlergebnis zum Ausdruck. Die Bürger-lichen stimmten für v. Buchka, die S. P. D. für einen Parteisekretär. Die U. S. P. hatte bis zum Abend vor der Wahl erklärt, für v. Buchka stim-men zu wollen, es wurde ihnen dies jedoch im letz-ten Augenblick von der Partei verboten; sie gaben infolgedessen weiße Zettel ab. Im Laufe des näch-sten Jahres mehrfach wiederholte Wahlen hatten dasselbe Ergebnis, nur daß die S. P. D. einen Vegesacker Volksschullehrer Christians als Kandi-daten aufstellte, der zum Lehrersein keine Lust mehr hatte, sich vergeblich um den Posten des Ge-fängnisdirektors in Oslebshausen beworben und als Schulinspektor in Bremen, wohin er durch Parteivermittlung gekommen war, sich rasch un-möglich gemacht hatte. Dieser Herr, der an Eig-nung für den Landratsposten nichts mitbrachte als seine rote Gesinnung, wurde nun von der Regie-rung zum kommissarischen Landrat ernannt. Die Führung des Landratsdienstes ist natürlich dem-entsprechend. Die alten tüchtigen Sekretäre und ein gleichfalls sehr tüchtiger Gerichtsassessor, den der Kreis hoch bezahlt, tun selbstverständlich die Arbeit, Herr Christians „sieht seine Aufgabe dar-in, den Kreis mit demokratischem Geiste zu durch-dringen und die technische Arbeit den dafür geschul-ten Beamten zu überlassen". Außer dem vom Kreis bezahlten Gerichtsassessor ist jetzt von der Regierung noch ein Regierungsassessor hingeschickt, so daß jetzt drei Beamte bezahlt werden für eine Arbeitsleistung, die vorher einer geschafft hat. — Man hätte nun wenigstens erwarten sollen, daß sich die sozialdemokratische Partei einen sittlich un-anfechtbaren Genossen als Landrat gewählt hätte; aber selbst das ist nicht der Fall. Von anderen Dingen, die über ihn berichtet werden, zu schwei-gen, sei nur folgendes erwähnt: Als eine Sen-dung guter billiger Schuhe und Stiefel als Reichs-ware für die minderbemittelte Bevölkerung auf dem Landratsamt ankam, versorgte als erster Herr Landrat Christians sich selbst gründlich, den sämt-lichen Beamten und Beamtinnen des Landrats-amtes anheimgebend das gleiche zu tun. — Jetzt steht wiederum die Kreistagswahl vor der Tür. Sie wird ganz unzweifelhaft genau so ausfallen, wie die früheren, indem der derzeitige kommis-sarische Landrat ein Drittel der abgegebenen Stimmen erhalten wird. Der Unterschied ist nur der, daß nach Herrn Christians eigener Aussage ihm in Berlin (wahrscheinlich von seinem Partei-genossen Severing) die Zusage gegeben ist, er werde ernannt werden, einerlei wie die Wahl aus-falle. Diese wäre auf diese Weise also nur eine Farce."

Sozialisierte Betriebe.

Wir lesen in den „Hamburger Nachrichten": „Schon mehrfach ist über die Arbeiter-Genossen-schaft der Altonaer Bekleidungswerke in Bahren-feld berichtet worden, die seinerzeit das Korps-Bekleidungsamt des 9. Armeekorps in Bahren-feld unter eigenartigen Umständen vom Reich erhalten hat. Als das Bekleidungsamt nach der Revolution geschlossen werden sollte, weil es völ-lig unwirtschaftlich arbeitete, gingen die Arbei-ter einfach nicht heraus, sie gründeten die Ge-nossenschaft und wollten den „sozialisierten" Be-trieb weiterführen. Das Reich gab nach und seinerzeit erklärte in der Nationalversammlung der Vertreter des Reichsschatzministeriums, daß das Bahrenfelder Bekleidungsamt als erster Be-trieb einer Arbeiter-Genossenschaft überlassen sei; er hoffe, daß es als Musterbetrieb für wei-tere Sozialisierung dienen werde. Die Art des Verkaufes hat dann die Handelskammer und Handwerkskammer veranlaßt, bei der Reichs-regierung vorstellig zu werden. Es wurde er-widert, daß das Grundstück mit seinen Einrich-tungen und Vorräten deshalb so billig (für 1 700 000 Mark) abgegeben sei, weil es sich um einen Arbeiterbetrieb handle, der sozialisiert sei und deshalb in jeder Weise unterstützt werden müsse. Es sei dann auch noch auf das seltsame Vorkommnis hingewiesen, daß in diesem Sommer der Schneiderverband über die Arbeiter-Genossen-schaft die Sperre verhängt hatte, weil die Tarif-löhne nicht gezahlt wurden. Aber selbst die hohen Mieterträge, die die Genossenschaft von einer Zigarettenfabrik für die Abgabe von Ge-bäuden erhält, halfen nicht, den Betrieb wirt-schaftlich zu gestalten. Am vorletzten Sonntag fand eine Generalversammlung der Genossen statt, und es wurde beschlossen, das Bekleidungs-amt mit allen Gebäuden an die Hamburger Firma S. Unger jr. u. Co. zu verkaufen, nach-dem Verhandlungen mit einer Breslauer Firma Levy nicht zum Abschluß gekommen waren. Was wird nun das Reichsschatzamt zu dem Verkauf sagen? Wie steht es mit der Hypothek, die das Reich auf das Grundstück hat eintragen lassen? Und was sagen die sozialdemokratischen Schreier nach Sozialisierung der Privatbetriebe dazu?"

Deutscher Arbeiter, merkst du es bald?

Ein Kommunistenführer als Revolutionsgewinnler.

Als die Märzrevolution zusammengebrochen war, warf man den Führern und Drahtziehern vor, sie hätten die günstige Gelegenheit benutzt, sich die Taschen zu füllen. In der Tat haben die geflüchteten Revolutionsführer damals, wie die Feststellungen in der Zwischenzeit ergeben haben, öffentliche Gelder im Betrage von vielen Millionen aus dem Ruhrkohlenrevier wegge-schleppt, und mancher Spartakistenhäuptling mag seinerzeit sein Schäfchen ins Trockene gebracht haben. Ein anschauliches Beispiel hierzu liefert der Hamborner Kommunistenführer Heiling, den die Revolution zu einem reichen Mann und Hotelbesitzer gemacht hat. Als die Revolution ausbrach, war dieser Mann ein in kümmerlichen Daseinsverhältnissen lebender Bergmann, arm wie eine Kirchenmaus. Dank seiner Gewandt-heit in der Rede und im Auftreten stand er als-bald in den vordersten Reihen der spartakistischen Bewegung und wurde der anerkannte Führer der Spartakisten, nicht nur im Hamborner Bezirk, dem Brennpunkt der revolutionären Bewegung, sondern im ganzen westlichen Industriebezirk. Was damals an Gewalttaten aller Art begangen worden ist, trägt den Stempel dieses Revolutio-närs. Sein Machtwort hielt sechs Wochen lang die Räder im Ruhrrevier still stehen. Er wurde der Volkstribun auf dem Hamborner Rathaus. Die Geschäfte wurden geplündert und Millionen-Werte vernichtet. Nur eine Reihe großer Ge-schäftsbetriebe blieben von den Plünderungen auffallenderweise verschont, denn vor diesen Ge-schäften hatte Heiling rote Posten aufgestellt; in der sozialistischen Presse des Ruhrreviers wurde unlängst mitgeteilt, daß seinerzeit große Mengen Waren, die bei den Plünderungen der Ham-borner Geschäftshäuser geraubt worden sind, in der Wohnung dieses Kommunistenführes entdeckt wurden. Heiling soll aber damals nachgewiesen haben, daß er von dem Vorhandensein dieser Waren „absolut nichts gewußt hat". Dieser Mann hat heute seine revolutionäre Vergangen-heit abgestreift. Er ist unter die Kapitalisten gegangen und hat deshalb keine Neigung mehr, das Privateigentum abzuschaffen. Er ist jetzt nach Oberhausen übergesiedelt und hat dort für einen Preis von etwa 200 000 Mark das bekannte Hotel zur Post am Markt käuflich erworben. Auf den Kaufpreis hat er 90 000 Mark in barem Gelde angezahlt. Natürlich will der Mann heute von den kommunistischen „Idealen" nichts mehr wissen. Er äußerte bei dem Zusammenbruch der revolutionären Bewegung, das Proletariat sei noch nicht reif, das Privatkapital abzuschaffen und den Kommunismus einzuführen. (D. Ztg.)

Nachträgliches Eingeständnis.

Der mehrheitssozialistische Abg. Hug schreibt in der Wilhelmshavener „Republik": „Auch steht heute geschichtlich soviel fest, daß wir bessere Waffenstillstands- und Friedensbedingungen er-halten hätten, wenn es möglich gewesen wäre, die Verteidigung nur noch wenige Tage oder Wochen aufrecht zu erhalten." — Wenn dem Abg. Hug und seinen Genossen diese Erkenntnis früher gekommen wäre, dann wären uns Versailles und Spa er-spart geblieben.

Sozialistische Beleidigung des deutschen Heeres.

Der britische Oberstleutnant Strutt hat in der verfassunggebenden Versammlung Danzigs gesagt: „Jetzt, meine Herren, als Soldat zu Soldaten sprechend, — denn fast alle von Ihnen sind Sol-daten gewesen, Soldaten der größten und bewun-dernswertesten Armee, die die Welt je gesehen hat . . ."

Der „Vorwärts", das Zentralorgan der deut-schen Mehrheitssozialisten, bringt es fertig, hinter „bewundernswertesten" ein Ausrufezeichen zu setzen. Die nich Sozialdemokraten waren und dem deutschen Heere angehörten, werden natürlich durch solche jämmerliche Kundgebung nicht beleidigt, aber die vielen Sozialdemokraaten selbst, die tapfer draußen waren, was mögen die dazu sagen? Das ist dieselbe niedrige Gesinnung, die mit der ekel-haften Selbstbezichtigung den hohnlachenden Fein-den behilflich war, uns die Schuld am Kriege aufzulegen.

Reichsfinanzen und Beamtenschaft.

Vorträge des Herrn Lokomotivführer und Reichs-tagsabgeordneten Seibert aus Frankfurt.

Montag, den 27. Dezember, abends 8 Uhr in Altenkirchen (Kaisersaal);

Wir alle fordern daher: die sofortige Revision dieses Friedensvertrages, ehe es zu spät ist!

Dienstag, den 28. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in Neunkirchen (Thielmann);
Dienstag, den 28. Dezember, abends 8 Uhr, in Betzdorf (Germaniasaal);
Mittwoch, den 29. Dezember, nachmittags 2 Uhr, in Erndtebrück (Dickgraeve);
Mittwoch, den 29. Dezember, abends 8 Uhr, in Kreuztal (Beinhauer);
Donnerstag, den 30. Dezember, abends 8 Uhr, in Siegen (Bürgergesellschaft).

Kreisvorstandssitzung.

Am Sonntag, dem 19. Dezember 1920, tagte in der Bürgergesellschaft zu Siegen zum dritten Male in diesem Jahre der Kreisvorstand der Deutschen Volkspartei. Trotz der ungünstigen Zeit waren die Vertreter der beiden Kreise Siegen und Wittgenstein recht zahlreich erschienen. Eröffnet und geleitet wurde die Sitzung durch den 1. Wahlkreisvorsitzenden Herrn Hermann Klingspor, der vor Eintritt in die Tagesordnung mit scharfen Worten auf die kürzlich erfolgten, durch den Regierungspräsidenten König in Arnsberg veranlaßten Haussuchungen im Siegerlande hinwies, die der rechtlichen Grundlage entbehrten. Hätte eine solche Haussuchung unter dem früheren kaiserlichen Regime stattgefunden, so wäre ein Sturm der Entrüstung durch alle linksgerichteten Blätter gegangen. In diesen Maßnahmen könne man nur einen recht plumpen Einschüchterungsversuch und eine mißlungene Wahlaktion der Sozialdemokraten erblicken. Die Anwesenden faßten darauf einstimmig folgende Entschließung:

„Die im Auftrag des Regierungspräsidenten König von Arnsberg im Siegerland vorgenommenen Durchsuchungen stellen einen glatten Rechtsbruch dar. Sie beweisen, daß Herr König sein Amt zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht. Wir erheben dagegen schärfsten Einspruch und verlangen die Beseitigung dieses Beamten, der jeden Anspruch auf Vertrauen bei Bezirkseingesessenen verwirkt hat."

Auf der reichhaltigen Tagesordnung standen folgende Vorträge: Herr Klingspor gab in kurzen Umrissen ein Bild des Nürnberger Parteitages, der von nationalem Hochgefühl getragen war, und in dem der Schrei nach der Revision des Friedensvertrages widerhallte. Das hochinteressante Referat des Herrn Dr. Zapf aus Zweibrücken klang aus in der klaren Forderung: Es ist uns unmöglich, wieder aufzubauen, und wir kommen aus dem Elend nicht heraus, wenn wir nicht die Revision dieses Schmachfriedensvertrages erlangen. Unterstrichen wurde diese Forderung auf das nachdrücklichste von den Vertretern der von uns abgetrennten Gebiete, Deutsch-Österreich, Tschecho-Slowakei und Oberschlesien. Die Stellung der D. V. P. zu den Arbeiterfragen trat nur ganz kurz in den Reden von Thiel und Dr. Hugo in Erscheinung, sie wurde in kleineren Ausschüssen aber eingehend und mit großem Verständnis behandelt.

„Wir haben eine gewisse Unruhe in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die aber ganz natürlich ist, denn die Sozialdemokratie hat versagt, ihre aufpeitschenden Ideen des Egoismus sind zusammengebrochen. Das Erfüllen aller materiellen Wünsche, das Paradies auf Erden, was sie versprochen, hat sie nicht gebracht. In den ruhigen Kreisen der Arbeiterschaft hört man sagen: mir sind 4,50 M von früher lieber als heute 50 oder 60 M. Die anderen Elemente, die nach ihrer Enttäuschung in der Sozialdemokratie noch weiter links gehen, und die Aufrichtung einer Diktatur des Proletariats fordern, müssen auch dort noch enttäuscht werden. Wir müssen diese gärenden Geschwüre am Volkskörper erst sich ausgiften lassen, wenn wir eine Gesundung unseres Volks- und Wirtschaftslebens herbeiführen wollen. Der Bolschewismus der russischen Arbeiterdemokratie ist nicht tot. Er ist eine aktive, fast religiöse Bewegung — vergleichbar jenem großen Schieben und Drängen des Islams vor einigen 1000 Jahren — dessen Auswirkungen am ersten verspürt werden in dem empfindlichen Organismus der Reichshauptstadt, welcher, wenn es einmal hart auf hart gehen sollte, völlig vom Reiche abgeschnitten wäre. Hier wird sich dann die rote Diktatur auswirken, wie einst die Rätediktatur in München. Bayern ist z. Zt. der ruhigste Staat im Reiche. Vielleicht wird dann der Gesundungsprozeß einsetzen.

Wie in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, zeigt sich auch in der christlichen eine bemerkbare Unruhe. Sie unterscheidet sich von der sozialdemokratischen nicht viel, in der Theorie bekämpft sie den Materialismus, in der Praxis sind sie genau so radikal wie sie. Auch hier empfindet man, daß ihr Programm nicht das Heil gebracht hat und bringen konnte. Beredten Ausdruck gab diesem Empfinden einer ihrer Führer, Stegerwald, der die Gründung einer christlich-nationalen, demokratischen Partei im Auge hat. Es gilt für uns, diese Stegerwaldschen Ideen genau zu verfolgen. Eine Partei kann sich nur auf Weltanschauungen, nicht aber auf bestimmte wirtschaftliche Vereinigungen, Berufsgruppen und -Organisationen gründen. Der Gesundung der Volkswirtschaft wird aber entgegengearbeitet, wenn im selben Augenblick eine neue Partei gegründet wird. Durch die Bezeichnung christlich, national, demokratisch, will Stegerwald weite Kreise aller Parteien zu sich heranziehen, um sie vor den Parteiwagen einer neuen Gewerkschaftspartei zu spannen. Sollte es geschehen, daß diese Kreise sich in solche Partei hineinziehen lassen, dann hat auch die Erfahrung unserer letzten Zeit nicht heilsam gewirkt. Die Organisationen, die Stegerwald nahe stehen, haben verstanden, in alle Parteien ihre Mitglieder zu entsenden, sie sind in erster Linie Anhänger einer Gewerkschaft. Stegerwald will diese Vertreter zunächst in einem interparlamentarischen Ausschuß zusammenfassen. Es heißt, daß man in den nächsten Monaten auch eine große Tageszeitung gründen will. Was ist nun das Ergebnis? Eine Klassenpartei, die den ganzen parlamentarischen Apparat noch schwerfälliger werden läßt, eine Gründung, der vielleicht auch Erzberger nicht ganz fremd ist. Die evangelische Arbeiterschaft würde hier ganz unterdrückt werden. Wir haben uns als Partei mit diesen Fragen zu beschäftigen. Es gilt für uns das Mißtrauen der Arbeiter zu überwinden. Wir werden unsere Arbeit auch dann nicht aufgeben, wenn es uns nicht gelingt, die Arbeiterschaft sofort zu uns zu bringen."

Herr Klingspor streift hierauf noch kurz die Stellung der D. V. P. zu den anderen Parteien, ein Referat, welches Herr Geschäftsführer Nitschke nicht halten konnte, da er im Auftrage des Kreises Altenkirchen an einer wichtigen Sitzung in Neuwied teilnahm. Herr Bergschullehrer Hellmann führte folgendes aus: „Der zweite Verhandlungstag war der Besprechung der Wirtschaftsfragen gewidmet. Im Mittelpunkt stand die Sozialisierungsfrage. Aufgabe der Wirtschaft ist die ausreichende Versorgung mit billigen Waren, und der Wert des geltenden Wirtschaftssystems wird danach zu bemessen sein, in welchem Umfange es diese Aufgabe erfüllt. Als erneut die Frage an uns herantrat: wie gestalten wir Erzeugung und Verbrauch, um 60 Millionen Menschen zu ernähren, da gab man die Antwort nicht aus der Erfahrung heraus, die das Wirtschaftsleben gibt, man rief als Antwort das Wort Sozialisierung hinaus, das für die große Menge der vom Klang dieses Wortes Betörten ein unverstandenes Wort ist, mit dem sie keine klare Vorstellung verbinden, das für sie nur ein Kampfruf gegen die Besitzer der Produktionsmittel, gegen das Unternehmertum ist. Aus der Fülle umstrittener und ungelöster Fragen, die von keinem Befürworter der Sozialisierung bisher befriedigend beantwortet sind, heben sich vor allem die heraus: Wird die Sozialisierung das Produkt verbilligen, trotzdem gewaltige Abgabenquoten durch die komplizierte Verwaltung zu tragen sind, und trotzdem der Staat gezwungen sein wird, für sich einen hohen Gewinn zu beanspruchen? Wie will man Gefahr der Bürokratisierung unserer Wirtschaft begegnen, von der uns Zwangswirtschaft und Kriegsgesellschaft so mancherlei Proben geliefert haben? Wie will man die Bedenken derer widerlegen, die auf die mangelnde Rentabilität des Staatsbergbaues hinweisen, der bei gleichen geologischen und technischen Voraussetzungen auch nicht annähernd so günstig wirtschaftete, wie der private Bergbau, der beispielsweise die Lokomotivkohle, für die als Abnehmer doch nur der Staat in Frage kam, zu höheren Preisen einsetzen mußte als das Kohlensyndikat? Der Grund für die Rückständigkeit staatlicher Betriebe, der für jede zentralistisch verwaltete, öffentliche Wirtschaft zutrifft, liegt in der Ausschaltung der wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit. Das geringere Interesse des Staatsbeamten, der Leiter eines industriellen Betriebes ist, an dem geschäftlichen Erfolge, tritt in höheren Produktionskosten in Erscheinung, die Ausnutzung der Roh- und Hilfsstoffe ist eine geringe, die ganze Organisation eine weniger straffe, sodaß niemals der Grad von Wirtschaftlichkeit erreicht wird, den wir in privaten Betrieben feststellen, deren Leiter mit ihrer ganzen wirtschaftlichen Existenz von dem Erfolg des Betriebes abhängen. Wir brauchen nur das Ergebnis der Sozialisierung in Rußland anzusehen, wo man heute auf Anordnung Lenins zur Hebung der Wirtschaft dieselben Methoden anwendet, die vom Sozialismus so heftig als Begleiterscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnungen befehdet wurden, wie: straffe Disziplin, Akkordlöhnung, Taylorsystem, hohe Bezahlungen der Produktionsleiter usw.

Das Selbstinteresse des Unternehmers und des Arbeiters läßt sich eben nicht ersetzen durch sittliche Strebungen der menschlichen Natur, und es heißt diese sittlichen Kräfte nicht zu gering einschätzen, wenn man in ihnen nur einen schwachen Ersatz erblickt für das Streben aller am Produktionsprozeß Beteiligten, durch ihre Arbeit ihre eigene wirtschaftliche Lage zu verbessern.

Es muß anderseits bei der öffentlichen Behandlung der wirtschaftlichen Fragen der Irrwahn bekämpft werden, als ob der Arbeiter nur für das Unternehmen arbeitete, als ob in irgend einer Wirtschaftsordnung dem Arbeiter das in der sozialistischen Lehre verlangte „Recht auf den vollen Arbeitsertrag" zugebilligt werden könnte. Auch der sozialistische Staat kommt mit einer Berechnung der Güterpreise lediglich nach den Arbeitskosten nicht aus, er kann beispielsweise die Mietspreise der in seinem Besitz befindlichen Häuser nicht so festsetzen, daß durch die Mieter nur die jährlichen Unterhaltungskosten der Häuser und deren Abnutzung gedeckt werden, auch er wird einen Zinsbetrag für das in den Häusern steckende Kapital einsetzen müssen. Eine Beseitigung des Kapitalzinses, also des vom Sozialismus verdammten „arbeitslosen Einkommens" würde in jeder Gesellschaftsordnung die allmähliche Einstellung der Produktion bedeuten. Die Sicherstellung des wirtschaftlichen Fortschrittes ist verbunden an die Bereitstellung größerer Kapitalien. Wir hatten vor dem Kriege etwa 4—5 Milliarden zur Erweiterung der Produktionsanlagen usw. nötig, damit ergibt sich auch für das sozialistische Wirtschaftssystem die Notwendigkeit, Abzüge vom Arbeitsertrag vorzunehmen. Auf der anderen Seite aber erhebt sich die Forderung, daß die privaten Kapitalbesitzer das Einkommen, das ihnen ihr Besitz abwirft, in den Dienst der Kapitalsbildung und Kapitalsvermehrung stellen, ihren Verbrauch beschränken auf das, was sie durch ihre eigene Arbeit verdient haben. Nur eine privatkapitalistische Gesellschaft, die in der Frage des Luxus ein reines Gewissen hat, wird die moralische Kraft besitzen, die Angriffe des Sozialismus auf die heutige Wirtschaftsordnung abzuwehren. Wir müssen vom Kapitalismus abstreifen alles, was mehr dem Eigennutz einer bestimmten Klasse als der Gesamtheit des Volkes dient. Nur so wird es uns gelingen, die Voraussetzungen für wirtschaftlichen Wiederaufbau zu bilden. Die Wirtschafts-

ordnung, die nach unserer Überzeugung im Zeichen der Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen stehen muß, darf nicht sein eine Welt des rücksichtslosen Egoismus, der nicht anerkennen will, daß alle menschlichen Entscheidungen in sittlichen Forderungen verankert sein müssen. Wir haben die Welt der Verantwortung aufzurichten, in dem jeder fühlt, daß er der Gesamtheit verantwortlich bleibt, daß er zu dienen, und nicht nur zu fordern hat. Nur dann werden wir über den Individualismus hinaus zu der großen Volksgemeinschaft kommen, ohne die wir Wiederaufbaupolitik nicht treiben können.

Fräulein Paula Ax berichtete über die Tagung des Reichsfrauenausschusses der D. V. P. in Nürnberg, in der vor allem die scharfe Forderung der Revision des Friedensvertrtges von Versailles erhoben wurde, die formuliert worden ist, in dem Antrag von Frau Klara Mende am 3. Verhandlungstag. Auch die Frau stelle sich den Grundsatz: nur Persönlichkeiten zur Wahl der Abgeordneten vorzuschlagen. Die Stellung der volksparteilichen Frau zur Internationale ist die, daß man den Völkerbund ablehnt, dagegen den nationalen Sinn und Willen zu stärken habe im Volke, auch bei den Frauen der anderen Parteien, denn ihre Überzeugung ist, daß nur ein hochentwickeltes nationales Deutschland empor kommen könne. Die Arbeit der volksparteilichen Frau liegt vor allem auf dem Gebiete der Schul- und Kirchenfragen, sowie auf dem Gebiete der berufstätigen Frau. Bedenklich wäre es, nur Zentrum und Sozialdemokratie die Lösung dieser Fragen zu überlassen. Die Sozialdemokratie die „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" auf ihre Fahne geschrieben hat, hat diese Worte in bezug auf die Frau allein schon widerlegt. Man hat sie aus den Betrieben verdrängt, und die Hinüberführung aller dieser berufstätigen weiblichen Kräfte zu segensreicher volkswirtschaftlicher Tätigkeit, sei in erster Linie die Aufgabe der Frau der D. V P. Der Stellung der Frau in der Gesetzgebung, sollen, auch wenn es sich hier nicht um Parteifragen handelt, doch von volksparteilichen Frauen Richtlinien gegeben werden. Die Frau ist nicht mehr Objekt der Gesetzgebung, sie trägt heute die Mitverantwortung für das Staatswohl

Alle drei Vorträge fanden starken Beifall. Nach einem kurzen Bericht von Fräulein Hubbert über den Stand der Organisation im hiesigen Wahlkreise, setzte eine lebhafte Aussprache ein, in der u. a. Herr Kaufmann Kreu der Empörung der Siegerländer Einwohnerschaft über die Hausdurchsuchungen Ausdruck gab, und Herr Ottermann-Haasphe aufforderte, der „Kinderhilfe" zu gedenken. Herr Klingspor schloß die so überaus angeregt verlaufene Versammlung mit einem hoffnungsfreudigen Ausblick in das kommende Jahr.

Der Besuch der Mitgliederversammlung am 15. d. M. in Siegen-West litt etwas unter der starken Kälte, die an dem Tage herrschte.

Trotzdem waren immerhin eine Anzahl Mitglieder erschienen. Herr Eisenbahnwerkführer Schade eröffnete die Versammlung, die hauptsächlich zu dem Zwecke einberufen war, für den aus Siegen scheidenden 1. Vorsitzenden, Herrn Ingenieur Weichelt, einen neuen Vorsitzenden für den Bezirk zu erwählen. Einstimmig wurde Herr Eisenbahnwerkführer Belz für diesen Posten ernannt. Zur Ergänzung des Vorstandes wurde als 2. Kassiererin Frl. Anna Klingspor gewählt. In warmen Worten dankte hierauf Herr Schade dem scheidenden ehemaligen Vorsitzenden, und sprach die Hoffnung aus, daß Herr Weichelt auch an seinem neuen Wirkungsorte der Partei in solcher Weise sich zur Verfügung stelle wie in seiner langjährigen verdienstvollen Tätigkeit hier in Siegen.

Herr Geschäftsführer Nitschke hielt einen kurzen Vortrag über die Stellung der Deutschen Volkspartei zu den anderen Parteien, und sprach im Anschluß daran über die Sozialisierung. Zum Schluß gedachte der Redner der wunderbaren Worte, die Herr Dr. Stresemann über die Hohenzollern gesprochen hat und las sie der Zuhörerschaft vor. Seine Ausführungen fesselten die Zuhörer so sehr, daß man den Schluß seines Vortrages allgemein bedauerte.

Herr Eisenbahnwerkführer Schade schilderte hierauf in frischender, packender Weise den Parteitag der Deutschen Volkspartei in Nürnberg. In seinem Vortrag lag viel persönliches Erleben, und bekundete, wie stark der Eindruck auf den einzelnen Teilnehmer gewesen ist. Man dankte seinen Ausführungen mit großem Beifall. Eine kurze Aussprache folgte, an der sich u. a. Herr Huthsteiner beteiligte, und in welcher Herr Schade eindringlich auf die am Dienstag stattfindende Mitgliederversammlung für die ganze Stadt hinwies.

Neue Versammlungen.

Es ist uns zu unserer Freude gelungen, einen hervorragenden nationalen Redner, Herrn Dr. Albert Pohlmeyer aus Berlin, für die Zeit vom 7. bis 11. Januar 1921 für sechs Vorträge zu gewinnen. Die Geschäftsstelle beabsichtigt, diese Vorträge in den Ortschaften Eiserfeld, Kirchen, Weidenau, Hilchenbach, Berleburg und Siegen sprechen zu lassen. Wir bitten die Herren Vorsitzenden und Vertrauensleute dieser Ortsgruppen, uns mitzuteilen, an welchem Tage in der angegebenen Zeit ein Vortrag genehm ist, und uns gleichzeitig mitzuteilen, über welches der beiden Themen Herr Dr. Pohlmeyer sprechen soll.

1. Freiherr von Stein und die Wiedergeburt unseres deutschen Vaterlandes.
2. Die sozialistische Regierung in Preußen, ihre Träger und ihre Leistungen.

Sobald uns die erforderlichen Mitteilungen zugegangen sind, werden wir die Tage im Beobachter bekanntgeben.

Weihnachten in der deutschen Malerei.

Ein Vortrag mit Lichtbildern von Frl. Paula Ax.

Wir weisen schon in dieser Nummer auf einen Vortrag hin, der am **Dienstag, den 4. Januar,** in Siegen stattfindet. Aus ihren Volkshochschulvorträgen dürfte Fräulein Paula Ax schon allen Siegenern rühmlichst bekannt sein. Sie hat für diesen Vortrag nun eine Reihe der schönsten Weihnachtsbilder unserer alten deutschen Meister zusammengestellt, und wird an Hand dieser Meisterwerke über die Darstellung und Auffassung der alten und modernen Zeit über das Weihnachtsfest sprechen. Von der weltfremden märchenhaften Mariendichtung und den Weihnachtsträumen der alten Meister bis zu den Erlöserstimmungen in den modernen Weihnachtsdarstellungen wird dieser Vortrag Kunde tun. Wir können unser Weihnachtsfest tiefer erfassen, wenn wir an Hand dieser Bilder die deutsche Geschichte des Weihnachtsfestes erleben. Kein Land hat diese deutsche Sehnsucht und diese Stimmung des Weihnachtsfestes wie Deutschland. Darum konnten diese Werke entstehen, durch die allein Deutschland schon einen Namen in der Welt verdiente. In dem Vortrag von Frl. Ax sollen sie zusammengestellt und feinfühlend besprochen in unserem Herzen ein Echo von deutscher Kunst, deutschem Können, deutschem Träumen und deutschem Stolze, von deutschem Weihnachtsfeste wecken.

Aus der Geschäftsstelle.

Um den Wünschen unserer Parteifreunde Rechnung zu tragen, hat die Stadtverordnetenfraktion beschlossen, diejenigen Herren, die für die eine oder die andere Frage Interesse haben, zu ihren Vorbesprechungen als Gäste zuzulassen. Wir erwarten davon manche Anregung und Vorschläge, die dann von der Stadtverordnetenfraktion bei den ausschlaggebenden Sitzungen berücksichtigt werden sollen. Gewöhnlich finden am Freitag oder Samstag vor der Stadtverordnetensitzung diese Vorbesprechungen unserer Fraktion statt. Alle Parteifreunde (Beamte, Kaufleute, Gewerbetreibende, Angestellte usf.) können den genauen Zeitpunkt dieser Vorbesprechungen in der Geschäftsstelle erfahren. Ferner haben die Stadtverordneten unserer Fraktion sich bereit erklärt, in den einzelnen Bezirksversammlungen über die verschiedensten kommunalpolitischen Fragen Vorträge zu halten. Die Herren Bezirksvorsteher bitten wir, von diesem freundlichen Entgegenkommen doch ausgedehnten Gebrauch zu machen und auf die Tagesordnungen ihrer Mitgliederversammlungen von jetzt ab außer einem politischen Vortrag noch einen kommunalpolitischen zu setzen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß dadurch mancherlei Anregung wachgerufen wird, und die politische Arbeit auch in den Angelegenheiten der Stadt reiche Früchte tragen wird.

Aus der deutschen Volkspartei im Dillkreis und Oberwesterwald.

Die Deutsche Volkspartei begann ihre Winterarbeit mit 19 öffentlichen Versammlungen. Am 13., 14. und 15. Dezember sprachen sieben Redner des Wahlkreises Hessen-Nassau in den Orten Schönbach, Beilstein, Driedorf, Merkenbach, Breitscheid, Rabenscheid, Hohenroth, Sinn, Bicken, Herbornseelbach, Eisemroth, Übernthal, Niederscheld, Frohnhausen, Wissenbach, Straßebersbach, Eibelshausen, Oberroßbach und Rennerod.

Trotz der Versammlungsmüdigkeit, die bisher auf dem Lande herrschte, waren die Versammlungen durchweg sehr gut besucht, so daß festgestellt werden kann, daß das Interesse des Bürgertums an der Arbeit der Deutschen Volkspartei in der Regierung auch in den weitesten Kreisen Boden gefaßt hat.

Die Redner sprachen über das Thema: „Die Deutsche Volkspartei in der Regierung und die politische Lage." Sie gaben in umfassendster Weise ein Bild der gesamten politischen Lage, ein Bild über die Stellung der Deutschen Volkspartei seit der Reichstagswahl, über die Arbeit, die die Partei seit ihrer kurzen Regierungszeit geleistet hat, und gleichzeitig ein Gesamtbild unserer innerpolitischen und außerpolitischen Situation. Ausführlich gingen die Redner auf die Stellung der Deutschen Volkspartei gegenüber den anderen Parteien ein und stellten ausdrücklich fest, daß die Deutsche Volkspartei in die Regierung eingetreten sei, weil es das Wohl des Vaterlandes erforderte. Im weiteren berichteten sie über das, was die Deutsche Volkspartei im Rahmen der Regierung an Fortschritten zu erreichen bezw. was sie an politischen Fehlern zu verhindern gewußt hat. Besonders eingehend befaßten sie sich mit den zurzeit im Vordergrund des Interesse stehenden wirtschaftlichen Fragen, betonten, wie wenig gerade unsere Zeit des tiefsten Niedergangs für sozialistische Experimente geeignet ist und daß die Deutsche Volkspartei in den Lebensfragen der deutschen Wirtschaft, in der Sozialisierungsfrage, nie ihre Hand zu Experimenten bieten werde, die die deutsche Wirtschaft zugrunde richten. Besonders hoben sie hervor, daß sich das deutsche Volk endlich wieder auf nationalem Boden einigen müsse. Vaterlandsliebe und Vaterlandstreue müssen bei uns wieder zur Geltung kommen. Jetzt in der Zeit des tiefsten Elends, wo der deutsche Gedanke seine innere Kraft offenbaren sollte, ist es unbedingt nötig, daß alle Deutschen zusammenstehen in der Liebe zu ihrem Vaterlande.

Die Vorträge übten in allen Versammlungen eine ausgezeichnete Wirkung aus, die sich auch darin bekundete, daß anwesende Vertreter der anderen Parteien nichts sachlich Wirksames zu entgegnen vermochten und sich fast in allen Versammlungen an einer Diskussion nicht beteiligten. Für die Deutsche Volkspartei im Dillkreis waren die 19 Vorträge, die durchweg mit größter Aufmerksamkeit angehört wurden und allgemeinen Beifall fanden, ein großer Erfolg. Es zeigte sich, daß auch im Dillkreis sich weiteste Kreise die Grundsätze der Deutschen Volkspartei zu eigen gemacht haben und auch gewillt sind, ihr Bestes einzusetzen, um im Sinne der Deutschen Volkspartei am Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu arbeiten.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei, Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich G. Steinhaus (Fernruf 472). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/7, sämtlich in Siegen.

Am Freitag, den 24. Dezbr., nachmittags

und am

Montag, den 27. Dezember

bleiben unsere Kassen und Büros

geschlossen.

Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Co., Siegen

A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G., Filiale Siegen

Siegener Bank

Vereinsbank e. G. m. b. H.

DEUTSCHE BANK.

Bezugsangebot von M 68750000 neuen Aktien.

Die außerordentliche Generalversammlung unserer Aktionäre vom 29. November 1920 hat **die Erhöhung des Grundkapitals von M 275 000 000 auf M 400 000 000 durch Ausgabe von M 125 000 000 neuen auf den Inhaber lautenden Aktien, welche für das Geschäftsjahr 1920 dividendenberechtigt sind,** beschlossen. Die neuen Aktien werden in Abschnitten zu M 1000 und M 1200 ausgegeben. Ein Betrag von **nom. M 68 750 000 neuen Aktien** soll den bisherigen Aktionären unserer Bank **zum Bezuge angeboten werden.**

Nachdem die durchgeführte Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, fordern wir im Auftrage des für die Durchführung der Kapitalerhöhung gebildeten Konsortiums unsere Aktionäre auf, **das Bezugsrecht unter folgenden Bedingungen auszuüben:**

1. Die Ausübung des Bezugsrechts hat bei Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 4. Januar 1921 bis 26. Januar 1921 einschließlich

in **Siegen** bei der **Siegener Bank**

sowie bei den sonst bekanntgemachten Stellen

während der üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen.

2. Die Aktien, für welche von diesem Recht Gebrauch gemacht werden soll, sind nach der Nummernfolge geordnet **ohne Gewinnanteilscheinbogen** in Begleitung eines doppelt ausgefertigten Anmeldescheins mit Nummernverzeichnis, wofür Formulare bei den Bezugsstellen erhältlich sind, am Schalter der Bezugsstellen einzureichen und werden nach Abstempelung zurückgegeben.

Die Ausübung des Bezugsrechts ist bei der Deutschen Bank und ihren Niederlassungen sowie an den Schaltern der übrigen Bezugsstellen provisionsfrei. Soweit bei letzteren die Ausübung des Bezugsrechts jedoch im Wege der Korrespondenz erfolgt, werden diese die übliche Bezugsprovision in Anrechnung bringen.

3. **Auf je M 4000 alte Aktien kann eine neue Aktie über M 1000 bezw. auf M 4800 alte Aktien eine neue Aktie über M 1200 zum Kurse von 220 % zuzüglich Schlußscheinstempel bezogen werden.**

Bei Ausübung des Bezugsrechts ist der Bezugspreis von 220% und der Schlußscheinstempel zu entrichten.

Beträge im Nennwert von weniger als M 4000 bzw. M 4800 alte Aktien bleiben unberücksichtigt, jedoch sind die Bezugsstellen bereit, die Verwertung oder den Zukauf von Bezugsrechten zu vermitteln.

4. Ueber die geleistete Einzahlung wird auf einem zurückzugebenden Anmeldeschein Quittung erteilt. **Die Ausgabe der jungen Aktien** erfolgt **Anfang März 1921** gegen Rückgabe des quittierten Anmeldescheins bei derjenigen Stelle, bei welcher das Bezugsrecht ausgeübt worden ist. Der genaue Zeitpunkt der Ausgabe wird seinerzeit bekanntgegeben werden.

Die Aufforderung an die Inhaber der Aktien der früheren Hannoverschen Bank, der Braunschweiger Privatbank A.-G. und der Privatbank zu Gotha zur Einreichung ihrer Aktien, denen obiges Bezugsrecht nicht zusteht, zwecks Umtausch in neue Aktien der Deutschen Bank wird nach Ablauf der Bezugsfrist erfolgen.

Berlin, im Dezember 1920.

DEUTSCHE BANK.

Mankiewitz. Heinemann.

§188

Reichsfinanzen u. Beamtenschaft

Vorträge des Herrn Lokomotivführers und Reichstagsabgeordneten **Seibert** aus Frankfurt.

Montag, den 27. Dezember, abends 8 Uhr in **Altenkirchen** (Kaisersaal),
Dienstag, den 28. Dezember, nachmittags 3 Uhr in **Neunkirchen** (Thielmann),
Dienstag, den 28. Dezember, abends 8 Uhr in **Betzdorf** (Germaniasaal),
Mittwoch, den 29. Dezember, nachmittags 2 Uhr in **Erndtebrück** (Dickgreve),
Mittwoch, den 29. Dezember, abends 8 Uhr in **Kreuztal** (Beinhauer),
Donnerstag, den 30. Dezember, abends 8 Uhr in **Siegen** (Bürgergesellschaft).

Dienstag, den 4. Januar, abends 8 Uhr

bei Langenbach:

Lichtbildervortrag

von Frl. Paula Ax

Weihnachten in der deutschen Malerei

vom Altertum bis zur Neuzeit.

Musik und Liedereinlagen.

Fensterglas
Drahtglas
Fabrikglas

(undurchsichtig)

liefert prompt ab Lager

Glashandlung Benzer & Wurm.

G. m. b. H.

SIEGEN, Fernruf 1433.

Sämtliche Reparaturen

an

Kraftfahrzeugen all. Systeme

auch stationären **Motoren** und **Bereifungen** werden übernommen unter schnellster Ausführung und billigster Berechnung. Auch werden **auswärtige** Arbeiten an stationären Motoren und Maschinen aller Art, auch **Personenfahrten** übernommen. 1258

Ans- und Verkauf von Kraftfahrzeugen und Bereifung.

Automobil- und Motorenwerk — Vulkanisier-Anstalt

Fritz Krüger, Siegen

Wiesenstraße 11. :: Fernsprecher 1308.

Lederbranche.

Nachweislich gut florierendes Unternehmen sucht

tüchtigen Kaufmann (mögl. Fachmann) als tätigen Teilhaber.

Da eventl. Verlegung in Frage kommt, werden Herren, welche Lagerräume verfügbar haben, bevorzugt. ††228
Schriftl. Angeb. unt. M. 282 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Bücher Gratis liste sendet franko

Otto Weidemann,
Hannover, Nordmannstr. 11.

Anbiete:

Leinöl

erste Qualität, doppelt gekocht, zum Preise von **M. 19.—** per Kilo bei Faßbezug. ††158
Schriftl. Anfr. unter P 216 an die Geschäftsstelle d. Z.

ZuKuKrauKa! Wie Sie Ihren Zucker los u. wieder arbeitsfähig werden, teile ich unentgeltlich jedem Zuckerkrank. mit. Fr. Löw, Walldorf II. 27 b. Frankfurt a. M. 1812?

DRUCKARBEITEN

ALLE ART WERDEN IN KÜRZESTER ZEIT ERLEDIGT

BUCHDRUCKEREI

G. STEINHAUS, SIEGEN

FERNRUF 472 — KÖLNERSTR. 2 (EINGANG AXENWEG)